

372 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten  
über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 21. Jänner  
1970, betreffend ein Bundesgesetz über die Gründung der Hoch-  
schule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt

Mit dem vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates  
sollen die Rechtsgrundlagen für die Gründung einer Hochschule  
für Bildungswissenschaften in Klagenfurt geschaffen werden.  
Zur Erbringung der Leistungen für die Errichtung dieser Hoch-  
schule ist ein "Klagenfurter Hochschulfonds" vorgesehen. Die  
erforderlichen Mittel - die Baukosten werden auf etwa 150  
Millionen Schilling geschätzt - werden durch das Bundesland  
Kärnten und die Landeshauptstadt Klagenfurt je zur Hälfte  
aufzubringen sein.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten  
hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom  
22. Jänner 1970 in Verhandlung genommen und einstimmig be-  
schlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu  
erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Ausschuß  
für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten den Antrag, der  
Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 21.  
Jänner 1970, betreffend ein Bundesgesetz über die Gründung  
der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt,  
wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 22. Jänner 1970

Dr. Erika S e d a  
Berichterstatter

N o v a k  
Obmann